

Auszug aus dem Protokoll des Regierungsrates des Kantons Zürich

KR-Nr. 370/2009

Sitzung vom 10. Februar 2010

184. Anfrage (Unterstützung des Regierungsrates für die Tiefenlager-Standortregionen)

Die Kantonsräte Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Nicolas Galladé, Winterthur, und Marcel Burllet, Regensdorf, haben am 23. November 2009 folgende Anfrage eingereicht:

Vor genau einem Jahr hat das Bundesamt für Energie BFE die möglichen Standortgebiete für geologische Tiefenlager zur Entsorgung radioaktiver Abfälle in der Schweiz bekannt gegeben. Zwei dieser Gebiete liegen im Kanton Zürich: «Nördlich Lägern» im Zürcher Unterland, «Benken» im Weinland. In seiner Medienmitteilung vom 6. November und in mehreren öffentlichen Auftritten hat Baudirektor Markus Kägi mehrfach beteuert, der Regierungsrat betrachte es als seine Aufgabe, die ausgewählten Standortregionen sachgerecht zu unterstützen. Gleichzeitig hat sich der Regierungsrat deutlich gegen ein Tiefenlager im Kanton ausgesprochen («Beim heutigen Stand des Auswahlverfahrens und der Kenntnisse lehnt der Regierungsrat geologische Tiefenlager auf Kantonsgebiet ab. Er ist der Ansicht, dass der Kanton bereits grosse, auch im gesamtschweizerischen Interesse liegende Sonder- und Zentrumslasten trägt, beispielsweise den Flughafen Zürich, Autobahnen, Finanzen usw.» Medienmitteilung des Zürcher Regierungsrates vom 6. November 2008). Seither war zur Frage Tiefenlager aus dem Regierungsrat kaum noch etwas zu vernehmen.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Regierungsrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Verfügt der Regierungsrat über ein Konzept für den angekündigten Widerstand gegen geologische Tiefenlager im Kanton Zürich?
2. Was versteht der Regierungsrat konkret unter sachgerechter Unterstützung der ausgewählten Standortregionen?
3. Was hat er seit November letzten Jahres unter diesem Titel im Detail unternommen?
4. Mit welchen örtlichen und regionalen Organisationen und Gruppierungen im Weinland und im Unterland hat der Regierungsrat dabei zusammengearbeitet? Nach welchen Kriterien werden diese ausgewählt und unterstützt?

5. Wie will der Regierungsrat sicherstellen, dass auch Organisationen von der Unterstützung profitieren können, die sich wie der Regierungsrat selber klar gegen Tiefenlager im Kanton aussprechen?
6. Welchen Zusammenhang sieht der Regierungsrat zwischen seiner Ablehnung von atomaren Tiefslagern im Kanton Zürich und dem Bau neuer Atomanlagen in der Schweiz? Lehnt er solche ebenso ab?
7. Ist der Regierungsrat bereit, sich über seine Vertretungen im Verwaltungsrat der EKZ/Xpo Holding AG gegen jegliche Atombeteiligungen – insbesondere gegen neue Atomkraftwerke – einzusetzen?

Auf Antrag der Baudirektion

beschliesst der Regierungsrat:

I. Die Anfrage Markus Späth-Walter, Feuerthalen, Nicolas Galladé, Winterthur, und Marcel Burlet, Regensdorf, wird wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Mit Beschluss vom 29. Oktober 2008 sprach sich der Regierungsrat zwar gegen einen Tiefenlager-Standort auf Kantonsgebiet aus (Zürich trägt bereits grosse Sonder- und Zentrumslasten von gesamtschweizerischem Interesse), anerkannte aber als Mitinhaber von Kernanlagen und damit Entsorgungspflichtiger seine Mitverantwortung bei der Lagerung radioaktiver Abfälle. Er hält den Sachplan für ein geeignetes Instrument für die Standortwahl, den der Bundesrat im April 2008 verabschiedete. Die Regierung setzt sich – im Rahmen des Sachplans – für eine nachhaltige Lösung der Entsorgung ein, unterstützt ein offenes, transparentes, faires und verbindliches Auswahlverfahren für geologisch-technisch sichere Standorte und wird ein entsprechendes Ergebnis stützen. In diesem Sinn hat die Baudirektion bereits Einfluss genommen auf das Verfahren und die betroffenen Zürcher Gemeinden in fachlicher, kommunikativer und finanzieller Hinsicht unterstützt. Sie wird dies auch in Zukunft tun.

Zu Frage 2:

Bereits vor dem Beginn des Sachplanverfahrens im November 2008 unterstützte der Kanton Zürich das Forum Opalinus im Zürcher Weinland und den Aufbau eines entsprechenden Forums im Unterland (Forum Lägern-Nord). Die Hilfe erfolgte und erfolgt, wie erwähnt, auf fachlicher, kommunikativer und finanzieller Ebene. Dazu wurde eine kantonsinterne Projektorganisation geschaffen; die im «Standpunkt», dem Bulletin der Baudirektion zur Entsorgung radioaktiver Abfälle, Ausgabe 1/09, auf Seite 6 vorgestellt ist (einsehbar auf www.radioaktiveabfaelle.zh.ch).

Zu Frage 3:

Der Kanton Zürich ist an der Umsetzung der nach Sachplan geforderten sogenannten regionalen Partizipation stark beteiligt. Der Kontakt zur Gemeindeebene findet über die erwähnten, vom Kanton mit in die Wege geleiteten Foren statt. Gegenwärtig wird die erste Sitzung der sogenannten «Startteams» vorbereitet, welche die regionale Partizipation in den Standortregionen aufbauen sollen. Ausserdem ist der Kanton Zürich in allen Sachplan-Gremien vertreten und hat den Vorsitz im politischen Leitgremium Ausschuss der Kantone sowie in der zentralen Arbeitsgruppe Sicherheit Kantone. Beide Zürcher Regionen – mit dem Forum Opalinus und dem Forum Lägern-Nord – sind Mitglieder der vom Bundesamt für Energie geleiteten Gremien Technisches Forum Sicherheit und der Arbeitsgruppe Information & Kommunikation.

Zu Frage 4:

Die betroffenen Gemeinden vertreten derzeit die Interessen einer Standortregion im Standortauswahlverfahren. Entsprechend setzt sich das Forum Lägern-Nord aus Vertretungen der Gemeindebehörden sowie Delegierten der Planungsgruppe Zürcher Unterland (PZU) zusammen. Das Forum Opalinus ist eine Arbeitsgruppe der Zürcher Planungsgruppe Weinland (ZPW). Sie steht unter dem Patronat des Gemeindepräsidentenverbandes des Bezirks Andelfingen. Beide Foren sind unabhängig, politisch neutral und nehmen Einfluss auf den Prozess der bundesbehördlichen Standortfindung eines geologischen Tiefenlagers für radioaktive Abfälle. Mit dem Werkzeug der regionalen Partizipation sollen die Gemeinden ihre Entscheidungsfindung besser auf die Bedürfnisse, Anliegen und Interessen ihrer Bevölkerung abstützen können. Den demokratisch legitimierten Institutionen (Gemeindebehörden und Planungsverbände) soll eine entscheidende Rolle im Partizipationsverfahren zukommen.

Zu Frage 5:

Eine Aufgabe des erwähnten Startteams wird sein, eine Sozialstrukturanalyse in den Regionen durchzuführen. Damit soll ein breites Feld von regionalen Interessen sichtbar gemacht werden, das sich später im Rahmen der regionalen Partizipation einbringen kann. Die Foren haben zu verstehen gegeben, dass kritische Gruppierungen in den jeweils neu zu schaffenden Leitungsgruppen der regionalen Partizipation Einsitz nehmen sollen.

Zu Fragen 6 und 7:

Die Stromerzeugung in der Schweiz erfolgt zu rund 40% mit Kernkraft. Der Kanton Zürich ist über die Axpo an vier der fünf in der Schweiz laufenden Kernkraftwerken beteiligt. Ausserdem fallen Nuklearabfälle beispielsweise in kantonalen Spitälern an. Somit ist der Kanton

als Eigentümer mitverantwortlich für die Produktion wie auch anschliessende Entsorgung der radioaktiven Abfälle (Art. 31 Abs. 1 Kernenergiegesetz vom 21. März 2003, SR 732.1). Insofern besteht ein Zusammenhang zwischen Kernkraftwerken und Tiefenlagern für radioaktive Abfälle. Wie der Regierungsrat bereits im Energieplanungsbericht 2006 festhielt, werden zur Deckung des künftigen Strombedarfs, trotz verstärktem Einsatz von erneuerbaren Energien und Energieeffizienz, aller Voraussicht nach neue Grosskraftwerke nötig werden. Hierzu eignen sich Gaskombikraftwerke oder Kernkraftwerke. Ohne griffigen CO₂-Zertifikatshandel sind Grosskraftwerke mit fossilen Energieträgern nicht zu verantworten. Somit sind alle Möglichkeiten bezüglich neuer Kraftwerke offenzuhalten.

II. Mitteilung an die Mitglieder des Kantonsrates und des Regierungsrates sowie an die Baudirektion.

Vor dem Regierungsrat
Der Staatsschreiber:
Husi